## Ruhr-Aktion und IG Metall führten klärendes Gespräch

DGB gab Erklärung ab / "Generalstreik birgt Gefahren"

Sieben Vertreter der studentischen des DGB-Bundesvorstandes, keine Ruhr-Aktion und sieben Sekretäre der IG Metall mit dem ersten Bewellmächtigten Fritz Wirtz führten gestern ein zweieinhalbstündiges klärendes Gespräch, um die Ereignisse der letzten Tage zu behandeln.

Die Verhandlungspartner stellten fest daß allzuleicht in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, als hätten sich Schüler, Studenten und Gewerkschaften zerstritten. Die Ruhr-Aktion stellte fest, daß eirheitliche fortschrittliche Gewerkschaften eine wesentliche Garantie für Erhalt und Ausbau der Demokratie und der Bundesrepublik sind

Die bisherige Tätigkeit der Ruhr-Aktion sei gegen die Notstandsgesetzgebung gerichtet gewesen, hieß es weiter und nicht gegen die Gewerkschaften. Sachbeschädigungen und diskriminierende Außerungen über die Gewerkschaften wurden als Mittel der politischen Auseinandersetzung angelehnt.

In einer Erklärung wandte sich der DGB-Kreis Bochum mit dem Vorsitzenden Rudolf Janzen an die

Gewerkschaftsmitglieder:

"Der Vorstand des DGB-Kreises Bochum billigt den letzten Beschluß Kampfmaßnahmen zur Verhindeder Notstandsgesetzgebung einzuleiten, zumal der jetzt von außergewerkschaftlichen Gruppen geforderte Generalstreik Gefahren für die Demokratie in der Bundesrepublik in sich birgt . . . "

"Die Vorkommnisse in den letzten Tagen - besonders am 27, und 28, Mai vor dem Gewerkschaftshaus und auf dem Husemannplatz in Bochum - veranlassen den Vorstand, zu erklären, daß er künftig Anträge örtlicher Minderheitsgruppen der Studenten oder sonstiger außergewerkschaftlicher Kreise auf gemeinsame Aktionen irgendwelcher Art entschieden ablehnen wird, es sei denn, die Antragsteller können demokratisches und verant» wortungsbewußtes Verhalten garantieren . . .

Der Vorstand des DGB-Kreises Bochum ist nicht bereit, mit Gruppen zu paktieren, denen es in der Mehrheit an echter Diskussionsbereitschaft mangelt, die nur ihre eigene Meinung gelten lassen, andere Meinungen gar nicht anhören und alles tun, was ihnen geeignet erscheint, um einen Generalstreik zu provozieren, der nicht zu ihren Lasten, sondern nur zu Lasten der Arbeitnehmerschaft und der Demos kratie durchgeführt werden kann."